



In der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag bin ich für Bildungspolitik, Migration, den Tierschutz und Petitionen verantwortlich. Zu meiner Arbeit finden Sie Aktuelles auf der Homepage www.gabi-faulhaber.de oder auf facebook: Gabi Faulhaber. Dieser Rundbrief kann hier: <http://www.gabi-faulhaber.de/persoennesliches/rundbrief/angemeldet> und auch wieder abgemeldet werden.

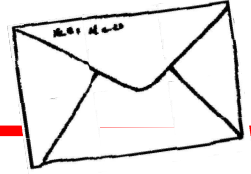
Abschiebeknast

Hessen inhaftiert zukünftig Ausländer ohne gültige Aufenthaltspapiere in Darmstadt. Dafür stellte die Landesregierung jährlich 55 Mio. Euro zur Verfügung. Nur DIE LINKE tritt grundsätzlich gegen einen Abschiebeknast ein: „Flucht ist kein Verbrechen! Menschen dürfen nicht allein deshalb in Haft genommen werden, weil sie keinen gültigen Aufenthaltstitel haben.“

Unsere Rede zu diesem Thema: www.gabi-faulhaber.de/landtag/plenarreden/

RUNDBRIEF

Post aus dem Hessischen Landtag
Ausgabe 4 / Mai 2018



Wie viele Lehrkräfte werden in Hessen gebraucht? DIE LINKE fordert eine Bedarfsanalyse!

Der Kultusminister und die Fraktionen von CDU und Grünen loben sich für die stolzen Leistungen Ihrer Bildungspolitik. Es wird mit Zahlen jongliert: 700 neue Sozialpädagogen werden eingestellt. In den Jahren 2016/17 sind 2500 neue Lehrerstellen neu geschaffen worden... Weitere Einstellungen sind geplant.

Doch die Frage ist: Wie viele Lehrerinnen und Lehrer werden in Hessen eigentlich gebraucht, um steigende Schülerzahlen, Inklusion, Integration und Ganztagsunterricht zu gewährleisten? Welchen Bedarf hat Hessen überhaupt? Darauf weiß das Kultusministerium keine Antwort.

Eine Bedarfsanalyse gibt es nicht. Ob die 700 Sozialpädagog/inn/en ausreichen oder nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind - niemand will es wissen. Wie viele Lehrkräfte fehlen? Das Kultusministerium gibt vor, den Bedarf nicht zu kennen.

Hören Sie meine Rede dazu: www.gabi-faulhaber.de/dort:landtag/plenarreden/ Unser Antrag: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/19/5/06295.pdf>

Massiver Unterrichtsausfall

Die Landesschülervertretung Hessen (LSV) wertete am Stichtag 11. April 2018 die Vertretungspläne von 97 Schulen aus. Das Ergebnis wurde auf die 700 weiterführenden Schulen in Hessen hochgerechnet. Erschreckendes Ergebnis: Täglich fallen 16 500 Stunden aus, die nicht vertreten werden.

Immer wieder wurde Kultusminister Lorz (CDU) mit Berichten aus Schulen konfrontiert, die massiven Unterrichtsausfall beklagen. Immer hat der Minister nur lächelnd abgewunken: Unterrichtsausfall gäbe es in Hessen höchstens ganz vereinzelt und in Ausnahmefällen. Was soll man dazu sagen? Hat der Minister keinen Überblick über Unterrichtsausfall oder Krankheitstage an den hessischen Schulen? Und auch nicht darüber, ob Unterricht stattfindet oder nicht? Belügt der Minister die Öffentlichkeit oder herrscht bei ihm tatsächlich absolute Ahnungslosigkeit? Ist ein solcher Minister überhaupt noch tragbar?

Abschluss Enquetekommission Bildung:

Knicken, lochen, abheften?

Zweieinhalb Jahre hat die Enquetekommission Bildung „Kein Kind zurücklassen“ gearbeitet. Im Abschlussbericht wird deutlich, dass es den Landtagsfraktionen gelungen ist, nennenswerte Schnittmengen für die hessische Bildungspolitik zu finden. Das ist nach dem gescheiterten Bildungsgipfel sehr erfreulich. In zahlreichen Expertenrunden wurden pädagogische Arbeitsaufträge an die schwarzgrüne Landesregierung formuliert. Natürlich gibt es auch weiterhin unterschiedliche Standpunkte in der Bildungspolitik und diese werden in den gesonderten Stellungnahmen der Fraktionen auch benannt. Aber mit den Punkten, die konsensfähig sind, ließe sich die hessische Bildungspolitik in wichtigen Feldern voranbringen: Ganztagschulausbau, Inklusion, Digitalisierung, Weiter- und Fortbildung von Lehrkräften, Durchlässigkeit des Schulsystems, keine Auslese, sondern Förderung...

Nun muss der Kultusminister zeigen, dass gehandelt wird. Die Ergebnisse der Enquetekommission müssen Eingang ins Hessische Schulgesetz finden. Doch da bin ich noch skeptisch, denn bisher bezog sich Alexander Lorz (CDU) kein einziges Mal auf die Ergebnisse der Enquetekommission, sondern ignorierte sie.

Meine Rede zum Abschluss der Enquetearbeit: www.gabi-faulhaber.de/dort:landtag/plenarreden/bericht-der-enquetekommission

A13 für Grundschullehrkräfte

Gute Arbeit muss auch an Grundschulen gerecht bezahlt werden!
A13 für ALLE!

Verhaltensprobleme
Fachkonferenzen
Inklusion
Sprache und Alphabetisierung
Elternberatung
Elterngespräche
Klassenarbeiten
Korrekturen
Gesamtkonferenz
Schulprogramm schreiben
Individuelle Förderung
Hausaufgaben
Elternabend
Förderausschüsse
Kontakt zu Therapeuten und Sozialpädagogen
Schulaufbahnberatung
Lernziele
Sozialtraining
Fortbildungen
Klassenfahrten
Erziehungsauftrag
Spiel, Sport, gute Laune

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Dieses Plakat haben wir im April 2018 an alle Grundschulen in Hessen verschickt. Wer auch für A13 werben, ein Plakat aufhängen oder verschenken möchte kann sich gerne an meinen Wahlkreismitarbeiter Jochen Dohn wenden:
Telefon: 06181 /1899573
wahlkreisbuero@gabi-faulhaber.de

Familien gehören zusammen!

Durch die Aussetzung des Familiennachzugs für syrische Flüchtlinge werden Trennungen in großer Zahl erzwungen. Das verstößt gegen die Verfassung und gegen die Menschenrechte. Die Aussetzung gefährdet das Kindeswohl und ignoriert die UN-Kinderrechtskonvention. Deshalb fordert DIE LINKE, gemeinsam mit vielen Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen sowie der Diakonie Hessen und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau: Der Familiennachzug darf nicht weiter ausgesetzt bleiben! Die Möglichkeit, gemeinsam als Familie leben zu können, ist eine wichtige Voraussetzung für eine gute und gelungene Integration!

Außerdem ist der Familiennachzug eine der ganz wenigen sicheren und legalen Einreisemöglichkeiten für Menschen in Not. Ansonsten sind diese Menschen auf lebensgefährliche, illegale Wege angewiesen.

Wenn es CDU und SPD ernst meinten mit der Bekämpfung von Schleppern und Schleusern, würden sie nicht den Familiennachzug kontingentieren. Denn mit der Beschränkung eines Nachzugs ermöglichen sie türkischen Menschenschleppern oder libyschen Warlords das Geschäft. Es müssen im Gegenteil viel mehr legale Einreisemöglichkeiten geschaffen werden.

Die Rede dazu finden sie auf der Internetseite [www.gabi-faulhaber.de / Landtag / Plenarreden](http://www.gabi-faulhaber.de/Landtag/Plenarreden).